



Empfehlungen der Regionalinitiativen der deutschen Wirtschaft zu den Koalitionsverhandlungen 2021

Berlin, 29. September 2021

Inhalt

Vorwort	1
Asien-Pazifik	2
Lateinamerika	4
Nordafrika / Mittelost	6
Osteuropa / Zentralasien	8
Subsahara-Afrika	10
Über die Initiativen	12

Vorwort

Im Wahlkampf der vergangenen Wochen wurde deutlich, dass außenwirtschaftliche Themen bei der Positionierung der Parteien und ihrer Spitzenkandidatinnen und -kandidaten aktuell kaum eine Rolle spielen. Generell war mit Sorge zu beobachten, dass die publikumswirksamen Diskussionsformate in den deutschen Medien – etwa die Trielle – internationale Themen weitestgehend unberücksichtigt ließen. Die starke Präsenz auf den internationalen Märkten ist ein Schlüsselerfolgswortfaktor für die deutsche Wirtschaft, auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der deutschen Wirtschaft.

Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Papier die für die Exportnation Deutschland aus Sicht der Regionalinitiativen wichtigen Themen adressieren. Angesichts geopolitischer Verschiebungen und daraus folgender strategischer Neupositionierungen der Europäischen Union und ihrer Partner müssen drängende Fragen beantwortet werden. Dazu gehört etwa, inwiefern die neue Bundesregierung gewillt ist, neue Freihandelsabkommen auf EU-Ebene trotz komplexer Interessenlagen zwischen den diversen Verhandlungspartnern noch offensiver als bisher zu unterstützen. Welche Verantwortung übernimmt die deutsche Politik bei der Durchsetzung europäischer Interessen und Werte in der Welt und wieviel Verantwortung soll und kann die Wirtschaft übernehmen? Welche Instrumente sind geeignet, den Binnenmarkt gegen unfairen Wettbewerb zu schützen, ohne europäischem Protektionismus Vorschub zu leisten? Es muss die nötige Balance zwischen Prinzipientreue und Pragmatismus gefunden werden, um deutsche Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze unter neuen Vorzeichen zu erhalten.

Um Lösungsansätze für diese und weitere Fragen anzubieten, legen der Asien-Pazifik-Ausschuss (APA), die Lateinamerika-Initiative (LAI), die Nordafrika Mittelost Initiative (NMI), der Ost-Ausschuss (OA) sowie die Subsahara-Afrika Initiative (SAFRI) erstmals ein gemeinsames Papier mit Forderungen an die neue Bundesregierung vor. Ohne angemessene außenwirtschaftliche Strategien für die 2020er Jahre werden die vielen Herausforderungen, die eine neue Bundesregierung zu lösen hat, nicht finanzierbar sein. In diesem Sinne schlagen wir mit unserem Papier Empfehlungen vor, die nicht nur der deutschen Außenwirtschaft zugutekommen, sondern im Interesse aller Bundesbürger sind.

Joe Kaeser	Ingo Kramer	Ralf Wintergerst	Oliver Hermes	Heinz-Walter Große
Vorsitzender Asien-Pazifik- Ausschuss der Deutschen Wirt- schaft (APA)	Vorsitzender Lateinamerika- Initiative der Deutschen Wirt- schaft (LAI)	Vorsitzender Nordafrika Mit- telost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI)	Vorsitzender Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft	Vorsitzender Subsahara-Af- rika Initiative der Deutschen Wirt- schaft (SAFRI)

Asien-Pazifik

Im Jahr 2020 waren die asiatischen Volkswirtschaften zum ersten Mal seit Anfang des 19. Jahrhunderts zusammengenommen größer als die übrige Weltwirtschaft. Für die deutsche Wirtschaft liegt der Anteil der Asien-Pazifik-Region am außereuropäischen Warenhandel schon bei über 40 Prozent. Auch für die Innovationsstrategien international ausgerichteter Unternehmen wird es immer wichtiger mit Forschung und Entwicklung in den technologieaffinen asiatischen Gesellschaften präsent zu sein. Geopolitisch ist die Region längst ein Schwergewicht. Als eine der bevölkerungsreichsten Regionen der Welt und Heimat von zwei der größten CO₂-Emittenten der Welt steht die Region zudem im Zentrum des Aufbaus einer nachhaltigeren Zukunft, zu der sich auch Deutschland und die EU verpflichtet haben.

Herausforderungen

- Asien steht aufgrund seiner hohen Entwicklungsdynamik vor großen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Auch divergierende Vorstellungen von Menschenrechten rücken immer stärker in den Fokus der Beziehungen mit einigen Ländern der Region.
- China bleibt aufgrund seiner inhärenten systemischen Unterschiede zu Deutschland und der EU eine große Herausforderung. Chinas System konvergiert weder politisch noch ökonomisch mit den Prinzipien und Werten demokratischer Marktwirtschaften, die wirtschaftlich allerdings eng mit dem Land verflochten sind.
- China ist der Dreh- und Angelpunkt aller strategischer Überlegungen in Asien-Konzepten der EU und ihrer Mitgliedsstaaten. Die intensive Diskussion um eine Indo-Pazifik-Strategie der EU spiegelt aber wider, dass Regierungen und Wirtschaft sich zunehmend um Diversifizierung des Asien-Engagements bemühen, wenn sich deren Realisierung auch schwierig gestaltet. Dem Ausbau der Beziehungen zu Japan, Südkorea, Australien und anderen Ländern der Region kommt entscheidende Bedeutung zu.
- In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Innovationsfähigkeit der Volkswirtschaften in Asien-Pazifik rasant zunimmt und sich der Wettbewerb verschärft.

Petita an die neue Bundesregierung

→ Die EU als Benchmark für Nachhaltigkeit positionieren

Die Bundesregierung muss sich in ihrer Asien-Politik für die Einhaltung von Sozialstandards und den Klimaschutz einsetzen und diese dort einfordern, wo dagegen verstoßen wird – gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern. Unternehmen müssen ihren Teil dazu beitragen, können politische Probleme jedoch nicht allein lösen. Die deutsche Regierung sollte sicherstellen, dass ein europäisches Lieferkettengesetz die Sorgfaltspflichten von Unternehmen realistisch bemisst und diese praxistauglich und mittelstandsfreundlich ausgestaltet. Ein Schlüssel zur Verbesserung der Lebensbedingungen und für Chancengleichheit ist die berufliche Bildung, die Deutschland in der Region mit Expertise und Glaubwürdigkeit fördern kann. Dreh- und Angelpunkt der Nachhaltigkeitspolitik muss eine Positionierung Deutschlands und der EU als „Green Champion“ sein. Damit sollten wir ein Beispiel geben, an dem sich Länder und Unternehmen weltweit orientieren, wenn sie im

deutschen und europäischen Markt partizipieren möchten. Das erhöht die Bereitschaft, Nachhaltigkeits-Standards weltweit anzuheben.

→ **Geschlossenheit und Selbstbewusstsein gegenüber China**

Im Wettbewerb mit Chinas parteistaatlich gelenkter Hybridwirtschaft sitzen alle demokratischen Marktwirtschaften im selben Boot. Die neue Bundesregierung sollte daher gemeinsam mit den Partnerländern in der EU und weltweit Geschlossenheit zeigen und eine Strategie für eine stabile Koexistenz mit China entwickeln. Dabei sollte sie bereit sein, bisherige Positionen zur Disposition zu stellen und auf einen maximalen Gesamtnutzen für die EU auszurichten. Deutschland und die EU sollten sich für den Beitritt Chinas und anderer asiatischer Volkswirtschaften zum WTO-Abkommen für Öffentliche Aufträge (Agreement on Public Procurement, GPA) sowie eine Aktualisierung der WTO-Subventionsregeln einsetzen. Darüber hinaus müssen die Chancen genutzt werden, die transatlantische Zusammenarbeit auch mit Blick auf wichtige Asien-Themen neu zu gestalten. Schließlich sollte Deutschland innerhalb der EU ein Treiber dafür sein, die eigenen wirtschaftspolitischen Instrumente zu schärfen. Dabei sollte die Bundesregierung jedoch darauf einwirken, dass die Definition nationaler und europäischer Sicherheit nicht über Gebühr ausgeweitet, sondern möglichst klar definiert wird. Primäres Ziel bleiben eine Verbesserung des Marktzugangs in China, Wirtschaftsreformen in Richtung eines „level playing field“ und das Hinwirken auf die Achtung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt. Deutsche Unternehmen benötigen zudem politische Unterstützung angesichts der extraterritorialen Wirkung von Exportkontroll- und Sanktionsmaßnahmen der dominanten geopolitischen Akteure sowie informeller Zwangsmaßnahmen seitens China. Wichtigster Garant für eine effektive China-Strategie ist die Stärkung der eigenen Position unter Nutzung der Effizienzvorteile der sozialen Marktwirtschaft.

→ **Diversifizierung der Partnerschaften im asiatisch-pazifischen Raum**

Eine Diversifizierung von Absatz- und Beschaffungsmärkten ist sinnvoll zur Risikominimierung und sollte vor allem durch eine aktive deutsche und europäische Außenwirtschaftspolitik in der Asien-Pazifik-Region mitgestaltet werden. Die Unterstützung ambitionierter Freihandelsabkommen ist hierbei von fundamentaler Bedeutung. Deutschland und die EU sollten auch das geoökonomische Potenzial der EU-Asien-Konnektivitätsstrategie und die G7-Initiative B3W nutzen und mit den notwendigen finanziellen Mitteln und Entscheidungsbefugnissen untermauern.

→ **F&E-Kooperation mit Asien-Pazifik risikobewusst ausbauen**

Deutsche Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen haben ein starkes Interesse am Ausbau ihrer Aktivitäten in der dynamischen Asien-Pazifik-Region. Politik, Forschung, Wirtschaft und Kultur in der EU brauchen dazu gleichermaßen mehr Asienkompetenz. Zudem sollten Austausch-Programme in Wissenschaft und Bildung ausgebaut werden. Diese Kooperation sollte dort überprüft und zurückgefahren werden, wo verstärkt negative Erfahrungen mit dem Schutz von Technologie und ungewolltem Technologietransfer gemacht werden.

Lateinamerika

Deutsches wirtschaftliches Engagement hat in Lateinamerika eine lange und starke Tradition. Die ersten deutschen Auslandshandelskammern außerhalb Europas wurden in Lateinamerika gegründet, im Jahr 1916. Mit dem Industrialisierungsschub, den insbesondere Länder wie Brasilien, Argentinien, Mexiko und Chile ab der Mitte des 20. Jahrhunderts erlebten, kam eine zweite Welle deutscher Investitionen, insbesondere aus dem Automobil- und Maschinenbau, auf den Kontinent. Deutsche Technologie und deutsches Know-how haben in Lateinamerika einen sehr guten Ruf. Das bietet für Investitionen und Handel eine gute Voraussetzung. Lateinamerika und die Europäische Union sind durch mehrere Handels- und Kooperationsabkommen miteinander vernetzt. Derzeit wird über die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens auf beiden Seiten des Atlantiks intensiv diskutiert, auch steht die Ratifizierung des EU-Mexiko-Freihandelsabkommens aus.

Herausforderungen

- Die Corona-Krise hat die lateinamerikanischen Volkswirtschaften hart getroffen. Im Jahr 2020 ist das BIP Lateinamerikas und der Karibik gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent gefallen. Das Vorkrisenniveau wird voraussichtlich nicht vor 2024 wieder erreicht sein. Die wirtschaftliche Erholung ist trotzdem im Gang und hat sich seit Jahresbeginn 2021 von Corona zunehmend entkoppelt.
- Einfuhrzölle in den Mercosur verursachen für Unternehmen in der EU jährlich Kosten in Höhe von ca. vier Milliarden Euro. 12.500 deutsche Unternehmen exportieren in den Mercosur, davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Petita an die neue Bundesregierung

→ Kooperationsabkommen abschließen

Ziel muss es sein, das Investment in und den Handel mit Ländern Lateinamerikas zu erleichtern. Während das wirtschaftliche Engagement der USA in Lateinamerika und der Karibik traditionell hoch ist und dasjenige Chinas in den letzten Jahren enorm gewachsen ist, droht das export- und investitionsorientierte Deutschland den Anschluss zu verlieren. Daher ist der weitere Ausbau des bestehenden Netzes von Kooperationsabkommen für deutsche Unternehmen von großer Bedeutung. Bisher hat der Mercosur mit anderen Wirtschaftsräumen noch keine Kooperationsabkommen vereinbart. Dadurch hat die EU noch einen Zeitvorteil. Insbesondere die brasilianische Regierung hat allerdings deutlich gemacht, dass sie nicht auf das zögernde Europa warten wird, sondern die Internationalisierung ihrer Wirtschaft durch Abkommen mit anderen Partnern vorantreiben wird. Die EU steht dabei derzeit insbesondere im Wettbewerb mit China. Deutsche und europäische Unternehmen haben ein berechtigtes Interesse, dass die bestehenden Handelsschranken durch ein Kooperationsabkommen mit dem Mercosur, Mexiko und weiteren Ländern beseitigt werden. Es gibt Bedenken einzelner Regierungen innerhalb der EU, dass die Nachhaltigkeitskapitel innerhalb des EU-Mercosur-Abkommens nicht stark genug gewichtet sind. Dem ist entgegenzuhalten, dass darin die Zusicherung der Mercosur-Länder erreicht wurde, ökologische und soziale Standards einzuhalten. Das ist eine wichtige Komponente,

um Nachhaltigkeit zu sichern. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich bei den EU-Institutionen dafür einzusetzen, dass das EU-Mercosur-Abkommen zügig ratifiziert und implementiert wird.

→ **Wirtschaftliche Zusammenarbeit ausbauen**

Die Länder Lateinamerikas sind durch Corona strukturell besonders hart getroffen. Die Erholung wird Zeit und Unterstützung brauchen. Der teilweise Rückzug der Bundesregierung aus der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in mehreren Ländern Lateinamerikas ist deshalb ein schlechtes Signal. Es mindert das Vertrauen in die politische Zuverlässigkeit Deutschlands. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesen Teilrückzug der EZ aus Ländern Lateinamerikas rückgängig zu machen.

→ **Modernisierung, Diversifizierung, Innovation unterstützen**

Auch aus vielen Ländern Lateinamerikas fliehen Menschen, sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen. Eine von Europa unterstützte wirtschaftliche Entwicklung kann vor Ort helfen gegenzusteuern. Die Länder sind zum großen Teil bereit, Unterstützung von deutschen Partnern anzunehmen. Das gilt unter anderem für den Bereich der beruflichen Bildung (Beispiele Ecuador, Costa Rica, Mexiko), für das Katasterwesen (Beispiel Kolumbien), für die Implementierung von Nachhaltigkeitsstandards bei der Rohstoffgewinnung (Beispiel Chile), die Förderung der Inklusion (Beispiel Brasilien), die Umstellung der Energiematrix auf erneuerbare Energien (Beispiel Uruguay) und die Kooperation mit der Pazifischen Allianz im Bereich Industrie 4.0. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bemühungen der deutschen Wirtschaft um Inklusion, Transparenz und Innovation stärker zu unterstützen.

→ **Rechtssysteme stärken**

Eine der wichtigen Entscheidungsgrundlagen für deutsche Unternehmer, Investitionsstandorte auszuwählen, ist die Rechtssicherheit im Zielland. Die deutsche Wirtschaft sieht hier in den meisten Ländern des Kontinents Fortschritte. Allerdings gibt es bei der Förderung der Transparenz und bei der Korruptionsbekämpfung noch Potenzial. In der Vergangenheit hat die Bundesregierung über die Entwicklungszusammenarbeit und auch über Kooperations- und Handelsabkommen in der Region im Interesse eines fairen Handels viele Fortschritte erzielt. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bemühungen um Rechtssicherheit im Sinne der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den Staaten Lateinamerikas und der Karibik zu verstärken.

→ **Fachkräfte qualifizieren**

Eines der wichtigsten Kriterien für die Entscheidung von Unternehmen bezüglich zukünftiger Investitionsstandorte ist die Verfügbarkeit qualifizierter Fachkräfte. Dies gilt besonders für deutsche Unternehmen, die im Hochtechnologiebereich tätig sind. Die Verfügbarkeit hat sich in Lateinamerika in den vergangenen Jahren deutlich verbessert, auch dank deutscher Vorhaben vor Ort. Sie ist jedoch immer noch nicht so gut, dass alle geplanten Investitionen umsetzbar sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, Vorhaben der beruflichen Bildung in den Ländern Lateinamerikas noch stärker zu unterstützen als bisher.

Nordafrika / Mittelost

Die geographische Nähe zu Europa, die große wirtschaftliche Dynamik, die große Innovationskraft und die junge Bevölkerung machen die MENA-Region zu einem bedeutenden Partner für deutsche Unternehmen aus allen Branchen und Sektoren. Um das Wachstum in dieser strategisch wichtigen und Deutschland und Europa nahestehenden Region nachhaltig zu gestalten, sollte die deutsche Wirtschaft als wichtiger und leistungsfähiger Partner bei der Umsetzung von Projekten unterstützt und gefördert werden. Die deutsche Wirtschaft will auch weiterhin ein Teil des dynamischen Entwicklungsprozesses in der MENA-Region sein. Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in der Region und trägt damit zur Fluchtursachenbekämpfung bei. Sie ist aber auch ein Baustein zur regionalen Integration. Vor allem aber bietet die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der MENA-Region Zukunftschancen sowohl für die Länder vor Ort – durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Diversifizierung der Wirtschaft – als auch zusätzliche Chancen für die deutsche Wirtschaft.

Herausforderungen

- Die Region steht zehn Jahre nach Protesten der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem sogenannten Arabischen Frühling in einigen dieser Länder und den damit einhergehenden Transformationsprozessen vor enormen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen.
- Das Potenzial einer Region mit rund 360 Mio. Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt von insgesamt mehr als 2,5 Billionen US-Dollar ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Deutsche Unternehmen müssen in die Lage zu versetzt werden, in der MENA-Region frei zu agieren und sich auf Augenhöhe mit Partnern sowie Wettbewerbern wirtschaftlich erfolgreich zu engagieren.

Petita an die neue Bundesregierung

→ Politische Flankierung intensivieren

In einer Region, deren Staatswesen in großen Teilen hierarchisch organisiert sind, ist eine konsequente, hochrangige politische Flankierung des wirtschaftlichen Engagements der deutschen Unternehmen unabdingbar. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) benötigen verstärkt Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte, sei es durch Flankierung bei öffentlichen Ausschreibungen, durch Förderungs- und Finanzierungsangebote des Bundes oder durch hochrangig geführte Wirtschaftsdelegationen und Unternehmerreisen.

→ Regionale Integration vorantreiben

Die wirtschaftliche Integration und Kooperation innerhalb der Region ist ein wesentlicher Aspekt, um Wachstumspotenziale in der Region zu nutzen. Hierzu gehören intraregionaler Handel und grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte für Verkehr, Energie und Telekommunikation. Freihandelsabkommen, die nicht nur bilateral angedacht sind, sondern auch regionale Körperschaften wie der Golf-Kooperationsrat oder die African Continental Free Trade Area (AfCFTA) können hierbei wichtige Elemente sein.

→ Ressortübergreifende Zusammenarbeit stärken

Um langfristig nachhaltige Zusammenarbeit zu stärken, braucht es eine ressortübergreifende Strategie, die die vorhandenen Ressourcen bündelt und in Kooperation mit der verfassten Wirtschaft Konzepte entwickelt, die Unternehmen langfristig und nachhaltig in die Lage versetzt, ihre Liefer- und Wertschöpfungsketten in der Region auszubauen.

→ EU-Perspektiven wagen

Während die handelspolitische Kompetenz auf europäischer Ebene angesiedelt ist, bleiben bilaterale und auch regionale Strategien mit Bezug zur MENA-Region oft auf nationaler Ebene verhaftet und teilweise in Konkurrenz mit europäischen Nachbarn. Wenn die EU als Wirtschaftspartner für die Länder der Region und als Akteur neben geopolitischen Spielern wie den USA und China wahrgenommen werden soll, bedarf es auch einer Stärkung der europäischen Zusammenarbeit.

→ Nahverlagerung von Liefer- und Wertschöpfungsketten unterstützen

Vor dem Hintergrund von pandemiebedingten Produktionsausfällen gehört Nearshoring von Liefer- und Wertschöpfungsketten zu den aktuellen strategischen Überlegungen vieler Unternehmen. Staaten der MENA-Region können aufgrund ihrer geografischen Nähe hiervon profitieren und so ihre Industrialisierung vorantreiben. Damit deutsche Unternehmen einzelne Produktionsschritte oder ganze Produktionen verlagern, benötigen sie geeignete Rahmenbedingungen und finanzielle Anreize.

→ Finanzierungsinstrumente ausbauen

Um gezielt deutsche Investitionen, Projekte und Handel mit der Region zu stärken, sollte die Bundesregierung die Finanzierung erleichtern und Garantieinstrumente ausbauen. Investitionsgarantien des Bundes sollten neben politischen Risiken auch wirtschaftliche Risiken wie Zahlungs- und Währungsrisiken absichern.

→ Förderinstrumente ausbauen und den Zugang vereinfachen

Insbesondere KMU sind teilweise von der Bürokratie der Unternehmensförderung abgeschreckt. Die NMI fordert daher eine Verbesserung vor allem in den Bereichen der Kofinanzierung, Vorausleistungspflicht, Mittelverwendungsnachweise und Pauschalförderungen.

Osteuropa / Zentralasien

Osteuropa ist eine äußerst wichtige Region für die deutsche Wirtschaft. Die EU-Osterweiterung hat unsere wirtschaftlichen Verflechtungen enorm intensiviert. Wir bestreiten heute fast 20 Prozent unseres Außenhandels mit den 29 Partnerländern des Ost-Ausschusses, Polen gehört bereits zu unseren fünf wichtigsten Handelspartnern. Eine Fortsetzung des EU-Erweiterungsprozesses würde die wirtschaftliche Dynamik in der Region weiter forcieren. Russland bleibt Deutschlands wichtigster Energielieferant. Die deutsche Wirtschaft bemüht sich umgekehrt, ihre herausragende Position als Technologiepartner Russlands gegen China zu behaupten und die erfolgreiche Energie- zu einer Klimapartnerschaft zu transformieren. Dies ist auch für das deutsche außenpolitische Gewicht von Bedeutung. Eine enge wirtschaftliche Verflechtung mit Nicht-EU-Ländern wie der Ukraine, Serbien sowie Kasachstan oder Usbekistan liegt ebenfalls im deutschen Interesse.

Herausforderungen

- Politische Konflikte mit Russland oder Belarus, aber auch die EU-internen Konflikte mit Polen und Ungarn verursachen auch in den Wirtschaftsbeziehungen Unsicherheiten. Die sich aktuell weiter verhärtenden Konfliktlagen aufzubrechen, bleibt zentrale Aufgabe einer neuen Bundesregierung. Klimapartnerschaften und die enge Zusammenarbeit bei Themen wie Digitalisierung und Gesundheit können Fenster zu einer positiven Agenda öffnen.
- Auch in vielen Ländern unserer Region hat China mit einer klaren Wirtschaftsstrategie seinen Einfluss ausbauen können. Die Antwort darauf sollte kein Decoupling in Form einer zunehmenden Abschottung von Märkten sein, sondern stärkere eigene Anstrengungen Deutschlands und der EU zur Verbesserung der Konnektivität mit Osteuropa und Zentralasien und zur EU-Integration der Länder des Westlichen Balkans.

Petita an die neue Bundesregierung

→ Green Deal auf Osteuropa ausweiten

Die EU hat mit dem Green Deal den klimaneutralen Umbau Europas angeschoben. Er wird zu einem großen Impuls für Erneuerbare Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz in Osteuropa werden, wo es riesige Potenziale gibt. Die neue Bundesregierung sollte das deutsche Engagement für den technologischen Wandel in der Region klarer strukturieren und zusammen mit der Wirtschaft Transformationspartnerschaften initiieren. Der Green Deal darf nicht an der EU-Ostgrenze enden. Ein europäischer Carbon Border Adjustment Mechanism darf nicht zu Handelskriegen führen, sondern sollte mit finanziellen Hilfen für die Energietransformation verbunden werden.

→ EU-Industriestrategie abstimmen

Wertschöpfungsketten deutscher Unternehmen sind eng mit den östlichen EU-Partnerländern verflochten, was eine gemeinsame EU-Industriestrategie umso wichtiger macht. Wir begrüßen Initiativen zur gemeinsamen Technologie-Entwicklung mit den Visegrad-Ländern etwa beim Thema Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, Batterieentwicklung, Mobilität sowie zur Umsetzung der Klimawende. Ansätze aus der zu Ende gehenden Legislaturperiode müssen verstetigt werden.

→ **Gemeinsamen Europäischen Raum der Normen und Standards schaffen**

Deutschland muss sich als wirtschaftlich wichtigstes EU-Land für einen institutionalisierten Dialog der EU mit der Eurasischen Wirtschaftsunion über gemeinsame technische Normen, Zoll- und Zertifizierungsprozesse und Standards einsetzen. Dieser Dialog kann unabhängig von politischen Streitpunkten stattfinden. Es geht darum, die Fähigkeit der EU, internationale Standards zu setzen, gegen chinesischen Einfluss zu behaupten. Wir erwarten, dass eine neue Regierungskoalition das Thema „Gemeinsamer Europäischer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok“ entschlossener angeht und um die Aspekte „gemeinsamer Umweltraum“ und „globale Ernährungssicherheit“ erweitert.

→ **EU-Initiativen zur Konnektivität endlich umsetzen**

Die EU hat mit Strategiepapieren zur Östlichen Partnerschaft und Zentralasien und zuletzt mit der Initiative „Global Gateway“ ihren Willen unterstrichen, die Konnektivität mit ihrer östlichen Nachbarschaft zu verbessern. Diese Initiativen sind aber noch weit von der Schlagkraft der chinesischen Belt & Road-Initiative entfernt. Ein stärkeres EU-Engagement in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Zentralasiens ist notwendig. Die Bundesregierung sollte sich besonders für günstige und faire Finanzierungs- und Förderangebote zum Ausbau der Infrastruktur in der Region stark machen.

→ **Nord Stream 2 nicht in Frage stellen**

Im Blick auf die Klimaziele und den Ausstieg aus Kohle und Atom aber auch zur Wahrung der Rechts- und Investitionssicherheit hat Nord Stream 2 für die deutsche Wirtschaft eine hohe Bedeutung. Diese neue Leitung für Erdgas und perspektivisch für Wasserstoff erhöht die Versorgungssicherheit und stabilisiert die Preise. Das Projekt darf nicht nachträglich in Frage gestellt werden, dies würde Schadenersatzforderungen und große Zweifel an der Investitionssicherheit in Deutschland verursachen. Wir verbinden dies mit der Forderung, die Ukraine bei der Modernisierung ihrer Energieinfrastruktur zu unterstützen und sie von einem Transitland zu einem nachhaltigen Energieproduzenten zu entwickeln.

→ **Dialog mit Russland**

Die neue Bundesregierung muss einen Entspannungsprozess im Verhältnis der EU mit Russland organisieren. Vor allem die Wiederaufnahme von Gipfeltreffen zwischen der EU und Russland und bilateraler Regierungskonsultationen sind prioritär. Die Bedingungen für die Aufhebung von EU-Wirtschaftssanktionen sollten klarer definiert werden, ihr Abbau sollte entlang entsprechender Gegenleistungen schrittweise erfolgen. Extraterritoriale US-Sanktionen auf Kosten der europäischen Wirtschaft darf es nicht geben.

→ **Fachkräftemangel entgegenwirken**

Eine engere Abstimmung der Bundesregierung mit den Ost-Ausschuss-Ländern sollte es auch beim Thema Fachkräftesicherung geben. Nicht nur in Deutschland, sondern etwa auch in den Visegrad-Staaten, in Rumänien und Bulgarien oder den Ländern des Westlichen Balkans hat sich der Fachkräftemangel zu einer gefährlichen Wachstumsbremse entwickelt. Gemeinsame Konzepte etwa durch Ausbildungspartnerschaften, Investitionen in Duale Ausbildungssysteme und Weiterbildungsangebote für lebenslanges Lernen vor Ort sind notwendig.

Subsahara-Afrika

Der afrikanische Kontinent bietet mit einer Bevölkerung von über einer Milliarde Menschen, einem weiter steigenden Bevölkerungswachstum, einer immer größer werdenden Mittelschicht und hoher Innovationsdynamik enormes Potenzial für deutsche Unternehmen. Viele afrikanische Staaten wachsen seit Jahren schneller als die Weltwirtschaft. Zudem eröffnet die 2021 gestartete panafrikanische Freihandelszone (African Continental Free Trade Area (AfCFTA)) neue Chancen auf verstärkten innerafrikanischen Handel und deutlich bessere Bedingungen für internationale Investoren. Trotz großer wirtschaftlicher Herausforderungen aufgrund der Corona-Pandemie ist das Interesse deutscher Unternehmen an den afrikanischen Märkten hoch. Auch viele afrikanische Länder wünschen sich mehr deutsches wirtschaftliches Engagement, insbesondere Investitionen in lokale Wertschöpfung. Ziel der deutschen Außenwirtschaftspolitik sollte es sein, die deutsch-afrikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu stärken, Wirtschaftswachstum und Investitionen in Afrika zu fördern, um dadurch den afrikanischen Kontinent nach der Corona-Krise zu stabilisieren. Denn es ist vornehmlich die Privatwirtschaft, die nachhaltige Beschäftigung und gesicherte Einkommen schafft, junge Menschen ausbildet und durch direkte und indirekte Steuern staatliches Handeln ermöglicht.

Petita an die neue Bundesregierung

→ Außenwirtschaftsförderung weiterentwickeln

Das bestehende Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung muss weiterentwickelt und ausgebaut werden. Dazu gehören:

- Eine bessere Absicherung der Exporte in afrikanische Staaten durch verbesserte und konkurrenzfähigere Konditionen bei der Gewährung von Hermesbürgschaften. Der Selbstbehalt für die Unternehmen sollte sich an den Wettbewerbern aus westlichen Industrienationen orientieren, insbesondere bei staatlichen Bestellern in afrikanischen Ländern.
- Die Ausweitung des Instruments der staatlichen Investitions Garantien auf ausgewählte wirtschaftliche Risiken wie beispielsweise Zahlungs- oder Währungsrisiken, dort wo sich Investitionen deutlich auf eine nachhaltige Entwicklung auswirken oder die besonders klimafreundlich sind.
- Eine Ausweitung des DEG-Engagements bei Private Equity und Nachrangdarlehen. So könnten deutsche Unternehmen weitere Einzelinvestitionen leisten bzw. ihren lokalen Kunden langfristige Finanzmittel zur Seite stellen.
- Eine verbindliche Vereinbarung nachhaltiger Ausschreibungsverfahren in den Finanzierungsabkommen der Bundesregierung mit den Partnerländern. Diese sollten u. a. den Zuschlag an das wirtschaftlich günstigste Angebot, Nachhaltigkeitsstandards und ein umsichtiges Lieferketten-Management in den Bereichen Arbeits- und Umweltschutz beinhalten.
- Die Vertiefung der von der Bundesregierung begonnenen Wasserstoff-Partnerschaften mit Afrika. Dabei geht es um die lokalen Energiebedarfe sowie um den Export in Richtung Europa. Die Einbindung deutscher Unternehmen ist dabei von strategischem Interesse.

→ **Compact with Africa in G20 fortführen**

Die Bundesregierung sollte darüber hinaus die Initiative Compact with Africa (CwA) unter dem Dach der G20 fortführen. Ziel sollte es sein, weitere afrikanische Länder in die CwA-Initiative aufzunehmen.

→ **AfCFTA unterstützen**

Die deutsche Afrikapolitik sollte sich wieder auf den Grundsatz der Partnerorientierung besinnen, indem die Prioritäten der afrikanischen Länder ernst genommen werden.

- Daher setzen wir uns dafür ein, die Afrikanische Union (AU) bei ihrem Vorhaben der panafrikanischen Freihandelszone AfCFTA zu unterstützen und dies ganz oben auf die Agenda der deutschen Afrikapolitik zu setzen.
- Gesetzesvorhaben und Initiativen der Bundesregierung, die einen Einfluss auf die deutsch-afrikanischen wirtschaftlichen Beziehungen haben, sollten besser an die afrikanischen Länder bzw. ihre Vertretungen in Berlin kommuniziert werden.

→ **Afrikapolitik europäisch und wirtschaftlich abstimmen**

Wir plädieren für eine europäisch abgestimmte Afrikapolitik mit einer starken Einbindung der Privatwirtschaft. Dazu gehören:

- Die Unterstützung der EU bei der Implementierung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, den sogenannten Economic Partnership Agreements (EPAs) der EU mit afrikanischen Staaten. Die EPAs sind ein wichtiges Instrument, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Afrika und Europa und regionale Integration zu stimulieren. Auf mittlere Sicht sollten die EPAs in einen Freihandelsvertrag zwischen EU und AU aufgehen.
- Die Errichtung einer kapitalstarken EU-Finanzierungsinstitution, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen bei der Finanzierung von großen Infrastrukturprojekten zu stärken. Eine solche Finanzierungsinstitution sollte über das Mandat verfügen, europäische Entwicklungskredite mit Exportfinanzierungen und Ausfuhrgarantien der EU-Mitgliedstaaten zu kombinieren (Blending), um damit ähnlich attraktive Finanzierungspakete wie asiatische und US-amerikanische Finanzierungsinstitutionen zu strukturieren.

→ **Zusammenarbeit im Gesundheitswesen stärken**

Wir setzen uns dafür ein, die Corona-Pandemie gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern in den Griff zu bekommen.

- Die Bestrebungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Afrikanischen Union (AU) für eine globale Verteilung von Corona-Impfungen sollten unterstützt werden. Die Impfstoffplattform COVAX, welche Impfstoffe für Entwicklungsländer beschafft und finanziert, sollte weiterhin finanzielle Unterstützung erhalten.

Darüber hinaus sollte die bilaterale Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich gestärkt werden, um den Aufbau einer unabhängigen Industrie zur Produktion von Medikamenten, Impfstoffen und medizinischer Ausrüstung zu unterstützen. Die deutsche Wirtschaft ist mit ihrem Know-how und ihren Erfahrungen ein wichtiger Partner für eine nachhaltige Entwicklung des afrikanischen Gesundheitswesens.

Über die Initiativen

APA: Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft fungiert als Brückenbauer zwischen der deutschen Asienwirtschaft und der Politik in Deutschland und in den asiatischen Partnerländern. Der APA bündelt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Anliegen und Interessen der deutschen Unternehmen in der Region Asien-Pazifik. Angestrebt sind die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Asien-Pazifik-Region und die Förderung von Handel und Investitionen in beide Richtungen. Der APA ist eine Initiative von BDI, DIHK, OAV, BGA und Bankenverband.

LAI: In der Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft haben sich deutsche Spitzen- und Regionalverbände sowie die AHKs in Lateinamerika und der Karibik zusammengeschlossen, um gemeinsam die Interessen deutscher Unternehmen gegenüber der Bundesregierung und den Regierungen Lateinamerikas zu vertreten. Dazu kommt die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden in den Partnerländern. In regelmäßigen Abständen führt die LAI große Wirtschaftsveranstaltungen durch: alle zwei Jahre die Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft mit ca. 500 bis 700 hochrangigen Teilnehmern aus Politik und Wirtschaft, außerdem die Zentralamerika-Konferenz. Dazu organisiert die LAI regelmäßig Treffen mit hochrangigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern aus der Region.

NMI: Als Sprachrohr der deutschen Wirtschaft in Deutschland und in der MENA-Region stärkt die Nordafrika Mittelost Initiative der deutschen Wirtschaft den Auf- und Ausbau der bilateralen Geschäftsbeziehungen. Sie gestaltet die inhaltliche Diskussion zu Potenzialen und Herausforderungen in den Bereichen Handel und Investitionen und kommuniziert die wirtschaftspolitischen Interessen deutscher Unternehmen in Bezug auf die MENA-Region. Die Initiative wird getragen von: BDI, DIHK, BGA, Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V und Bankenverband. Sie verfügt über hochrangige Kontakte zu Politik und Wirtschaft in Deutschland und in der MENA-Region, über eine ausgeprägte inhaltliche Expertise und ein breites Netzwerk, dem insbesondere die deutschen AHKs in der Region angehören.

OA: Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist die älteste und größte Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft. Unterstützt werden die Aktivitäten deutscher Unternehmen in 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsche Osthandel steht insgesamt für rund ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels und ist damit bedeutender als der Handel mit den USA und China zusammen. Der Ost-Ausschuss hat über 300 Mitgliedsunternehmen und -verbände und wird von sechs Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft – BDI, BGA, Bankenverband, DIHK, GDV und ZDH – getragen.

SAFRI: Die Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft wird partnerschaftlich getragen von DIHK, BDI, BGA und dem Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft (AV). Unter der Regionalinitiative setzen sich die Träger gemeinsam für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Ländern Subsahara-Afrikas ein. Ziel der SAFRI ist die Förderung nachhaltiger und partnerschaftlicher Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Subsahara-Afrika. Zu diesem Zweck wollen die Träger gemeinsam die Wahrnehmung Afrikas als Chancenkontinent für die deutsche Wirtschaft stärken, den Dialog zwischen deutscher und afrikanischer Wirtschaft und Politik fördern und eine Plattform zum Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Partnern bieten.